

Blockierte Anerkennung – Dem Integrationsdiskurs Zähne geben

Einleitung zum Schwerpunkt

von Thilo Scholle



Foto: www.fotolia.com, © Friedberg

Was mit „Integration“ gemeint ist, lässt sich aus den öffentlichen Debatten kaum ermitteln. Die meisten Versuche verheddern sich schon bei der Frage, wer eigentlich „integriert“ werden soll und wohin. Was ist zur Integration notwendig? Die Anerkennung der „deutschen Leitkultur“, die Beachtung des Grundgesetzes oder schlicht die Fähigkeit, im Alltag zurechtzukommen? Ab wann ist jemand „integriert“, und wer entscheidet darüber? Die „Mehrheitsgesellschaft“, die selbst aus unterschiedlichen Milieus und sozialen Schichten zusammengesetzt ist, deren Wertvorstellungen und politische Zugehörigkeiten zum Teil weit auseinanderliegen? Was ist eigentlich mit denjenigen „Menschen mit Migrationshintergrund“, die hier geboren sind und unter denen viele die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen? Gehören sie zum Kreis derer, die „integriert“ sind und nun die „Integrationsfähigkeit“ anderer beurteilen sollen? Ist die Frage nach „Integrati-

on“ nicht etwas, das alle Menschen, die in diesem Land leben, angeht, und daher von allen gemeinsam ausgehandelt werden muss?

Auch in der Bewertung, „wie weit die Integration“ ist, gehen die öffentlich artikulierten Meinungen deutlich auseinander. Auf der einen Seite unterstreichen vor allem WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen in den Ministerien¹ die im europäischen Vergleichskontext recht liberalen Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland und konstatieren Verbesserungen beim Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht und steigende Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge². Auf der anderen Seite gibt es immer wieder Akteure, die mit Parolen „gegen die Einwanderung in die Sozi-

1 Vgl. z.B. den sehr persönlichen Bericht von Anton Rütten, „Die Erfindung der Integrationspolitik“, in: Dorte Huneke (Hrsg.), *Ziemlich deutsch*, Bonn 2013.
2 Vgl. z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration (Hrsg.), *Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, Bonn 2013 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10250-20131022.pdf>.

alsysteme“ polarisieren. Hinzu kommt das Gefühl vieler Menschen muslimischen Glaubens, gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden – bedingt durch die Debatten um „den“ Islam und seine vermeintliche Integrationsunfähigkeit. In der öffentlichen Debatte werden die Erfolge in Sachen Bildungs- und Aufstiegschancen verdeckt.

Für SozialdemokratInnen sollte sich Integrationspolitik am Ziel von Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe orientieren. Die nötigen Schritte unterscheiden sich oft wenig von anderen progressiven arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ansätzen. Als besonderes Problem kommen aber Rassismus und Diskriminierung hinzu. Es gilt daher, einen auf Chancengleichheit und Teilhabe gerichteten politischen Diskurs zu führen, und konkrete politische Projekte für die einzelnen Handlungsfelder zu entwickeln.

Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen nicht einzelne Politikfelder, sondern mögliche Eckpunkte eines fortschrittlichen Diskurses über Integration und ihre Anschlussfähigkeit an linke programmatische Debatten.

„Öffnung“ als Lösung – und als Problem

„Öffnung“ lautet ein zentrales Paradigma der auf mehr Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund orientierten Integrationsdebatte. Sie konstatiert zutreffend, dass Menschen mit Migrationshintergrund in gesellschaftlichen Machtpositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind; die Debatte problematisiert auch Ausgrenzungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Lösung soll in „mehr Öffnung“ der Mehrheitsgesellschaft bestehen. Was sich hinter dieser „Öffnung“ verbirgt und was konkret damit gemeint ist, bleibt meist vage. Ansätze, die über den gesellschaftlichen Status quo hinausgehen, sind kaum ersichtlich. In letzter Konsequenz ginge es in der Schulpolitik um

die Öffnung von Gymnasium oder Hauptschule, das gegliederte, sozial selektive Schulsystem bliebe jedoch erhalten. Eine bedeutende Hürde für den Bildungserfolg sind die in vielen Bundesländern nach wie vor bestehenden Empfehlungen von Grundschullehrerinnen und -lehrern für weiterführende Schulen. Kinder von Gymnasiasten werden auf das Gymnasium, Kinder von Hauptschülern auf die Hauptschule geschickt.

Natürlich könnte „Öffnung“ jetzt so funktionieren, dass der die Empfehlung aussprechende Lehrer mögliche Vorurteile sowie die ungleiche Verteilung kultureller und ökonomischer Ressourcen reflektiert, und dem Kind mit Migrationshintergrund auch die Chance auf einen Gymnasialbesuch eröffnet. Nur: Die Forderung nach mehr Öffnung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium lässt die Rolle des ständisch geprägten deutschen Bildungswesens für die Verteilung sozialer Chancen außer Acht.

Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund wird damit zu einer reinen Handlungsfrage: Jede und jeder muss sich hinterfragen, ob er oder sie Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Möglichkeiten zubilligt. Nun ist die Bekämpfung von Rassismus in der Tat auch eine Handlungsfrage: Natürlich spielen „weiche“ Einstellungen zum Umgang mit Menschen anderer Herkunft im Alltag eine große Rolle für das Gefühl gesellschaftlicher Anerkennung. Nur – die Auseinandersetzung um die Verteilung kultureller und ökonomischer Ressourcen und sozialer Chancen ist nicht nur eine Frage der individuellen Haltung.

Teilhabe ist nicht nur Handlungsfrage

Der reine Appell, jeder und jede müsse alle Menschen gleich behandeln, mag mehrheitsfähig sein – vielleicht auch gerade deswegen, weil er etablierte Privilegien und Vorteile bestimmter Gruppen noch nicht entscheidend antastet.

Hart wird es erst dann, wenn Chancengleichheit für alle auch in den Institutionen und Strukturen durchgesetzt werden soll. So kann das gemeinsame Versammeln hinter dem Postulat der „Öffnung“ dazu führen, dass eine Mehrheit dafür ist, aber niemand wirklich weis für was.

Kurzum: Wer bei „Öffnung“ stehen bleibt, verhindert klare politische Zuordnungen. Mehr noch: Er lässt eine Vielzahl politischer Akteure leichtfertig vom Haken. So konnte es auch der CDU unter anderem deshalb in den vergangenen Jahren gelingen, in den Augen vieler Menschen mit Migrationshintergrund Boden gut zu machen, weil der Blick auf die Ungleichheit gesellschaftlicher Strukturen konsequent ignoriert wurde. Der modernisierten Variante konservativer Politik reicht es aus, wenn auch die CDU in ihren Reihen Menschen mit Migrationshintergrund präsentieren kann und einige nicht migrantische Politiker der Parteiführung eingeschränkte oder wenig verbindliche soziale oder kulturelle Zugeständnisse machen.

Solche Inszenierungen vernebeln die Frage, ob die sozial-, arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Forderungen einer Partei – also Forderungen in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen über Ressourcen der Teilhabe verhandelt wird – tatsächlich für mehr Chancengleichheit sorgen. Dadurch hat es auch die Sozialdemokratie schwerer, gesellschaftliche Reformbündnisse mit Akteuren aus der migrantischen Szene zu schmieden. Die Unterschiede zwischen den Parteien scheinen gar nicht mehr ersichtlich zu sein. Hinzu kommt das allgemeine Glaubwürdigkeitsproblem der SPD in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen, das erst auf Grund der politischen Anstrengungen der letzten Jahre langsam zurückgeht.

Integration und die „Gute Gesellschaft“

Eigene Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen³ im Bildungssystem und auf dem

Arbeitsmarkt führen nicht automatisch dazu, dass der Blick auf bildungs- oder arbeitsmarktpolitische Debatten gerichtet wird. Stattdessen verstehen auch viele MigrantInnen selbst ihre Erfahrungen oftmals als ein spezifisches, sie als MigrantInnen betreffendes Problem – auch wenn dieselben Mechanismen andere soziale Gruppen ebenfalls exkludieren. Es gelingt kaum, migrantische Perspektiven zum Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Debatte um gute Arbeit oder gute Bildung zu machen. Die Integrationsdebatte von links läuft so Gefahr, ihre Zähne zu verlieren. Es ist notwendig, die Diskussion über „Öffnung“ um eine strukturelle Komponente zu erweitern.

Gerade in den unterschiedlichen Milieus und Diskussionszusammenhängen der sogenannten zweiten und dritten Generation von EinwanderInnen laufen spannende politische Debatten, u.a. über die eigene Identität. Es werden Begriffe wie „Neue Deutsche“ oder „deutsch plus“ geprägt, oder es wird von „hybriden Identitäten“ gesprochen, um Lebensgefühl und Selbstverständnis von Menschen auszudrücken, deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind. Diese Suche nach Begriffen ist offensichtlich auch Folge der in Deutschland nach wie vor blockierten Akzeptanz aller hier lebenden Menschen als BürgerInnen.

Letztlich wirken aber auch viele der neuen Selbstbeschreibungen verkrampft, kommen doch auch sie nicht aus den alten Dichotomien von „wir“ und „die“ hinaus. Denn gemeint sind auch mit den neuen Begriffen oft „nur“ Menschen mit Migrationshintergrund, während diejenigen, die zwar keinen solchen Hintergrund haben, für die aber das Leben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands einen wichtigen Teil der eigenen Identität darstellt, nicht zwangsläufig mitgedacht werden. Spiegelbildlich zum öffentlichen Diskurs werden neue separate Gruppen konstruiert, die sich auf den tatsächlichen oder vermeintlichen gemeinsamen Erfahrungshintergrund der Herkunft stützen.

³ vgl. spw-Schwerpunkt Integration und Diskriminierung 4/2009

Die meisten Debatten konzentrieren sich auf die Themen Chancengleichheit, Antidiskriminierung und politische Teilhabe. Verstanden wird dies aber oft als Anspruch der „neuen Deutschen“ an die „Mehrheitsgesellschaft“. Phänomene, die auch für andere gesellschaftliche Gruppen zu beobachten sind, werden ausgeblendet.

Ein Beispiel dafür ist die Diskussion, die fehlende soziale Netzwerke als Hauptgrund für geringere Aufstiegschancen ausmacht. Aufstieg wird damit als etwas verstanden, das vor allem von individuell beeinflussbaren Faktoren abhängt. Gesellschaftliche Strukturen treten in den Hintergrund. Ein solcher Weg würde an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für viele nichts ändern, möglicherweise aber für einige wenige einen weiteren Aufstieg ermöglichen. Gleichzeitig verläuft beispielsweise im Bereich des Schulsystems die Trennung nicht nur zwischen „alten“ und „neuen“ Deutschen, sondern vor allem entlang der sozialen Herkunft der Eltern. Auch die Diskussion um niedrige Einkommen und prekäre Beschäftigungsformen ist eine, die sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund betrifft.

Umso mehr gilt es, den Kern der Argumentation vieler Menschen mit Migrationshintergrund herauszustreichen: Vielen „neuen Deutschen“ geht es darum, dass nicht ihre Herkunft über ihre gesellschaftliche Teilhabe entscheidet.

Auffällig ist, dass diese Diskussionen meist völlig unverbunden neben den allgemeinen politischen Grundsatzdebatten stehen: Gerade Chancengleichheit und politische Teilhabe stehen im Mittelpunkt vieler Grundsatzdiskussionen der politischen Linken. So wird beispielsweise in Teilen der Sozialdemokratie über die „Gute Gesellschaft“ diskutiert.⁴ Gemeint ist die Suche nach einer Gesellschaft,

die das Marktgeschehen einhegt und die freie und gleiche Entfaltung aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in den Mittelpunkt stellt. In den politischen Zielen lassen sich kaum Unterschiede zu den Debatten um Chancengleichheit und politische Teilhabe innerhalb der „neuen Deutschen“ Milieus ausmachen.

Akteure, die in beiden Gruppen aktiv sind, verbinden diese Diskurse bislang nicht, auch gegenseitige Bezugnahmen finden kaum statt. Man könnte meinen, die „Gute Gesellschaft“ wird an zwei Orten diskutiert, die eigentlich ein gemeinsamer Ort sein könnten und politisch auch sein müssten. Denn eine Verbindung beider Diskussionsstränge drängt sich geradezu auf:

Zunächst würde der Einbezug der Diskurse der „neuen Deutschen“ in Diskurse um die Gute Gesellschaft eine Chance eröffnen, die verkrampften Versuche einer Definition von „Integration“ produktiv aufzulösen. Schließlich wäre damit gesagt, was „Integration“ ist: Ein Thema für die gesamte Gesellschaft, das über die soziale und politische Teilhabe und Chancengleichheit aller Menschen gespielt wird. Sie würde auch deutlich machen, dass Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe natürlich Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betrifft. „Integration“ würde als gesondertes Kapitel entfallen und Teil des „Mainstreams“ politischer Zielsetzungen sein.

Dieses neue Bild müsste sich dann auch sprachlich in den Texten wiederfinden. Es muss klar sein, dass Ansprüche an die Politik durch Einwanderinnen und Einwanderer der zweiten und dritten Generation nicht pauschal auf die einem Grundsatzpapier vorgeschalteten allgemeinen Floskeln zu den politischen Grundwerten abgegolten sind, sondern dass die Perspektive der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik durchgängig reflektiert und politisch argumentiert wird. Das Sonder-

⁴ Vgl. Henning Meyer / Christian Kellermann (Hrsg.), Die Gute Gesellschaft: Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt / Main 2013.

kapitel „Integration“ wäre damit zugunsten der Mitberücksichtigung gerade des Bereichs der Antidiskriminierung in allen Kapiteln eines politischen Grundsatzpapiers ersetzt.

Darüber hinaus hat diese Diskussion auch eine bündnispolitische Komponente: Sie würde Akteure, die im Kern gleiche oder weitgehend gleiche gesellschaftspolitische Interessen haben, auch tatsächlich zusammenführen. Beide Diskussionen parallel zu führen, verhindert dagegen die Bündnisfähigkeit. Eine Verbindung progressiver Integrationsdiskurse mit Diskursen um die Gute Gesellschaft könnte hier für beide „Seiten“ die Mehrheitsfähigkeit stärken.

Die Beiträge im Heft

Die Beiträge im Heftschwerpunkt zielen daher vor allem auf die diskursive Ebene. Wie Chancengleichheit und Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund hergestellt werden können, ist vielfältig diskutiert. Wie angedeutet unterscheiden sich mögliche Maßnahmen – siehe Bildungspolitik – zudem oft gar nicht groß von allgemein wirksamen Handlungsoptionen.

Claudia Walther erörtert die Bedeutung der Begriffe Integration, Inklusion und Interkultur für die aktuelle Debatte. Wichtig ist die Frage, ob die Diskussion über die Einwanderung von Hochqualifizierten als Türöffner für eine fortschrittliche Debatte um Migration und Integration genutzt werden kann. *Shazia Saleem* nimmt sich der Frage nach Identitäten von Menschen mit Migrationshintergrund an. Sie plädiert dafür, unter der Rubrik „deutsch“ vielfältige Identitäten zuzulassen und letztlich den Betroffenen selbst zu überlassen, wie sie sich fühlen und nach außen präsentieren wollen. *Frank Nullmeier* macht deutlich, an welchen Stellen sich Überschneidungen von rassistischen Debattenelementen mit neoliberalen Diskussionen über Eigenverantwortung und Ausschluss im Sozialstaat ergeben. Wer

neoliberalen Debatten eine fortschrittliche Konzeption entgegen setzen will, muss auch die Integrationsdebatten in den Blick nehmen. *Patrick Schreiner* nimmt die Problematik einer nur auf arbeitsmarktpolitischen „Nützlichkeit“ von Einwanderung orientierten Debatte in den Blick. *Susi Möbbeck* zeigt in ihrem Beitrag auf, warum eine getrennte Diskussion über Flucht, Arbeitsmigration und Integration obsolet ist. *Manuela Maschke* argumentiert, dass die Regelungen der Betrieblichen Mitbestimmung in Sachen Partizipation von Menschen ohne deutschen Pass schon lange eine – weitgehend unbemerkte – Möglichkeit für Anerkennung und Teilhabe sein können. *Aziz Bozkurt* gibt Hinweise zum politischen wie auch zum innerparteilichen Umgang der SPD mit dem Thema Integration.

Zu leisten ist also die Diskussion darüber, wie ein Integrationsdiskurs von links auch gesellschaftlich mehrheitsfähig werden kann. Nötig dafür wären zudem Studien, wie eigentlich der Diskurs über „Integration“ in einzelnen Milieus oder politischen Ideenfamilien beschaffen ist. Allein innerhalb der SPD gibt es eine Bandbreite von Ansätzen: Sie reichen von eher ordnungspolitischen Vorstellungen zu Anpassen und Einfügen über klassische „Multikulti-Ansätze“ bis hin zur Vorstellung einer „Einwanderung aus demographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten“.

Wie lässt sich also ein politisches Programm für Chancengleichheit und Teilhabe formulieren, das an möglichst viele linke Diskurse anschlussfähig ist? Die Einbettung in die Diskurse um die Gute Gesellschaft könnte hier ein Ansatzpunkt unter mehreren sein. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.